**Minderheiten und kulturelle Vielfalt in Polen**

*Einführung*

Durch den Regierungswechsel in Polen nach den Parlamentswahlen 2015 bekam das Thema „Minderheiten und kulturelle Vielfalt“ in Polen neue Brisanz. Die national-konservative Partei PiS erlangte mit einem Wahlergebnis von 39% die absolute Mehrheit und lässt seitdem keinen Zweifel daran, nationale Interessen über europäische stellen zu wollen. Dazu gehört auch die ablehnende Haltung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen und Andersgläubigen. Allerdings gaben in einer bereits im Juli 2015 veröffentlichten Meinungsumfrage 70 Prozent der Befragten an, sie wollten keine Flüchtlinge aus muslimischen oder afrikanischen Ländern in Polen. "Die Angst der Polen vor den Flüchtlingen entsteht vor allem aus Unwissen" sagte damals Janina Ochojska, diebekannteste Menschenrechtsaktivistin des Landes. „Die Polen kennen keine Ausländer, erst recht keine Muslime. Wir brauchen viel mehr Bildungsangebote, Informationsportale und Schulungen für Beamte, um ankommende Menschen und ihre Kultur verstehen zu können.“ Tatsächlich hat die polnische Bevölkerung in der Regel kaum Kontakt zu Flüchtlingen, weshalb die Angst vor ihnen vor allem eine Angst vor dem Unbekannten ist. Polen ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges ein ethnisch, sprachlich, konfessionell und kulturell fast homogenes Land mit einem Ausländeranteil von 0,27 Prozent. Damit ist man das Schlusslicht in der EU.

Die Ursache dafür liegt im Umgang mit nationalen Minderheiten durch die kommunistischen Regierungen nach 1945. Als Konsequenz aus der national­sozialistischen und stalinistischen Besatzungspolitik sowie den häufigen Konflikten mit den ethnischen Gruppierungen in den 1930er-Jahren wünschte man sich nach den Erfahrungen des Kriegs eine Nation ohne Minder­heiten. In den neuen Grenzen Polens entstand da­her **einer der ethnisch homogensten Staaten Euro­pas**. Das bestätigte die polnische Volkszählung von 2002, die zum ersten Mal Zahlen zur Her­kunft der polnischen Bürger lieferte. Nur etwas mehr als drei Prozent der Bürger gaben eine ande­re als die polnische Nationalität an.

Im heutigen Polen gibt es **nationale, ethnische und sprachliche Minderheiten**, die bis 1989 zum Teil unterdrückt wurden und seitdem in Polen den Schutz der Verfassung und des Gesetzes über nationale und ethnische Minderheiten genießen. **Nationale Minderheiten** sind Angehörige solcher ethnischer Minderheiten, die außerhalb Polens einen eigenen Staat haben, in dem sie die Mehrheit sind. In Polen sind das unter anderem 152 900 Deutsche. Tatsächlich schätzt man die Zahl allerdings auf ca. 300 000 Bürger deut­scher Herkunft, denn allein etwa 200 000 von ihnen besitzen neben dem polnischen auch einen deutschen Pass. Sie leben vorwiegend in den Woiwodschaften Oppeln und Ermland-Masuren. Kleinere Gruppen existieren in Pommern, Danzig, Bromberg, Thorn, Posen, Schlesien und Nieder­schlesien. Weitere Minderheitengruppen sind: 31 000 Ukrainer, 48 700 Weißrussen, 6100 Rus­sen, 2000 Slowaken, 800 Tschechen, 5800 Litau­er und 1200 Juden. **Ethnische Minderheiten** sind den Polen gegenüber zahlenmäßig geringere Volksgruppen, die im Gegensatz zu nationalen Minderheiten außerhalb ihres Siedlungsgebietes keinen eigenen Staat (Titularnation) haben. Zu dieser Gruppe gehören in Polen 12 900 Roma, 5800 Lemken, 5000 Tataren und 200 Karaimen. **Sprachliche Minderheiten** sind weder ethnische noch nationale Minderheiten, haben aber eine an­dere Muttersprache als die Bevölkerungsmehrheit, wie die 5100 Kaschuben in Polen.

Einen Sonderfall stellt die Gruppe dar, die sich nach nationalen Kriterien weder als Deutsche noch als Polen, sondern als Schlesier fühlt. Deut­lich wurde die Existenz dieser Gruppe erst bei der Volkszählung 2002, als **173 200 Bürger unter Na­tionalität „Schlesier“** eintrugen und sich deshalb auch die Anzahl der Deutschen in der Volkszäh­lung verringerte. Diese Gruppe ist weder als Min­derheit anerkannt, noch gilt ihre Sprache als Regi­onalsprache.

Mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 90 % Katholiken gilt **Polen neben Irland als das katho­lischste Land Europas**. Damit ist unser Nachbarland, genau wie beim Anteil nationaler und ethnischer Minderheiten, auch bezogen auf die Religionszugehörigkeit, ein sehr homogenes Land.

Das war nicht immer so. Vor 1939 waren nur zwei von drei Staatsbürgern ethnisch Polen und auch nur zwei Drittel der Bürger katholisch. Mul­tiethnizität und Multikonfessionalität hingen hier eng zusammen. Im Selbstverständnis sehr vieler Polen konnte aber nur ein Katholik auch ein guter Pole sein. Die Verfassung der Republik Polen sichert je­dem Bürger Religionsfreiheit zu.

Heute bekennen sich ca. 60 000 Gläubige zur Unierten **katholischen Kirche** (ukrainisch), die Or­thodoxe Kirche zählt 505 260 Mitglieder (Ukrai­ner und Weißrussen), 75 000 Polen rechnen sich der evangelisch-augsburgischen Kirche zu, Altka­tholische Mariaviten sind rund 23 660, die Neuapostolische Kirche zählt 4853 Gläubige, die Zeu­gen Jehovas 128 200, die Anzahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinden beträgt etwa 1400.

Wie in jeder Gesellschaft gibt es auch in Polen Minderheiten in Bezug auf ihre **sexuelle Orientierung**. Ihr Status ist anders als der von nationalen und ethnischen Minderheiten. Deshalb fallen ihre Rechte unter die in der polnischen Verfassung ver­ankerten Individualrechte.

Die sexuellen Minderheiten Polens – kurz LGBT (für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgen­der) genannt – finden nur wenig Akzeptanz in der polnischen Bevölkerung. Die katholische Kirche verurteilt Homosexualität als Sünde. Kirchennahe und nationalistisch-katholische Gruppierungen schüren eine homosexuellenfeindliche Stimmung. Zwar gibt es kein spezielles Diskriminierungsver­bot wegen der sexuellen Orientierung in der pol­nischen Verfassung, doch garantiert das polnische **Antidiskriminierungsgesetz** von 2003 die Gleich­behandlung unabhängig von der sexuellen Orien­tierung. Die EU kritisierte die Lebensbedingungen für sexuelle Minderheiten in Polen mehrfach. Be­sonders schwierig waren die Jahre von 2005 bis 2007 unter der Regierung von PiS (dt. Recht und Gerechtigkeit), Samoobro­na (dt. Selbstverteidigung) und LPR (dt. Liga der polnischen Familien). Bereits 2005 hatte der damalige Bürgermeister von Warschau, Lech Kaczyński{*katschinski*}, die **Parada Równości** {*ruwnosch­tschi*} (Gleichheitsparade), die polnische Version des Christopher Street Days, mit der Begründung untersagt, die Genehmigung einer Schwulenveran­staltung würde homosexuelle Lebensformen för­dern. 2007 kam es sogar zu einem Gesetzentwurf der mitregierenden LPR, der „homosexuelle Pro­paganda“ an Schulen unter Strafe stellen sollte; sich be­kennende homosexuelle Lehrer sollten entlassen werden. Die Parlamentsneuwahlen von 2007 ver­hinderten das Gesetz. Der Regierungswechsel hat jedoch die Menschenrechtslage der LGBT nur wenig verbessert, denn auch unter dem ehemaligen Regierungschef Donald Tuskgab es keine Anerkennung der Lebenspartnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare. Mit der erneuten Machtübernahme durch die PiS nach dem Parlamentswahlen im September 2015 dürfte sich die Situation Homosexueller in Polen weiter verschlechtern.

Die minderheitenfeindlichen Einstellungen be­treffen heute am häufigsten Juden, und Ho­mosexuelle. Zuweilen werden auch andere ethni­sche und nationale Minderheiten als Sündenbock instrumentalisiert.

Der **polnische Antisemitismus** ist ein Anti­semitismus ohne Juden. Vor dem Krieg gab es 3,5 Millionen Juden in Polen, doch nur 10 % von ihnen überlebten den Holocaust. In mehreren Emigrati­onswellen verließen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur politischen Wende 1989 rund 90 % der in Polen lebenden Juden das Land. Gründe dafür waren der Antisemitismus, der Wunsch, nach Israel auszuwandern, und die Repressionen durch das kommunistische System. Höhepunkt war die Ausreisewelle von 1968, als eine staatlich gelenkte antisemitische Kampagne die als „Zionisten“ bezeichneten Juden aus dem Land vertrieb. Von den regierenden Kom­munisten wurde bis 1989 das Bild lanciert, dass die Polen am meisten unter der nationalsozialisti­schen Gewaltherrschaft zu leiden gehabt hatten und Auschwitz vor allem ein Ort polnischen Lei­dens und des antifaschistischen Widerstands war. Dass der Völkermord an den Juden ein in seiner Dimension völlig einzigartiges Verbrechen war, war den meisten Polen nicht bewusst.

Der heutige Antisemitismus wird getragen vom nationalistisch-katholischen Milieu. Auch die ka­tholische Kirche Polens ist nicht völlig frei von antisemitischem Gedankengut. Noch immer ist das Bild der Juden als Christusmörder und Verursacher allen Übels auf Erden nicht ganz ausge­storben. Beim nationalistisch-katholischen **Sender „Radio Maryja“**, um den herum sich ein Medienkonsortium aus dem Radiosender „Radio Maryja“, dem Fernsehsender „Trwam“ (dt. „ich halte durch“) und der auflagenstarken Tageszei­tung „Nasz Dziennik“ (dt. Unsere Tageszeitung) gebildet hat, ist die Verbrei­tung antisemitischen Gedankenguts Programm. Außerdem bedient es auch fremdenfeindliche, deutschfeindliche und homophobe, rechtsextre­mistische Positionen.

Dem **rechtsextremen Spektrum** in der polni­schen Gesellschaft sind Gruppierungen zuzurech­nen, die sich nicht auf den Antisemitismus be­schränken, sondern auch Hetze gegen andere Minderheiten wie Deutsche, Migranten aller Art und Roma betreiben. Im organisierten Rechtsextremismus auf Parteiebene sind die Gegner­schaft zu EU und NATO sowie ultrareligiöse, fundamentalistische Diskurse wichtige Themen.

Eine **Zivilgesellschaft** mit zahlreichen Initiati­ven hat sich in Polen nur langsam herausgebildet. Die Entwicklung setzte spät ein, denn die gesetzli­che Grundlage polnischer Interessenorganisatio­nen war nicht komplett. Zwar garantierte Arti­kel 12 der Verfassung die Vereinsfreiheit, doch erst im Frühjahr 2003 verabschiedete der Sejm das Gesetz über gemeinnützige Arbeit und Frei­willigentätigkeit. Dieses Gesetz regelt auch die Steuerbefreiung bei anerkannter Gemeinnützig­keit.

Der auch „Dritter Sektor“ genannte Bereich, also der Bereich sozialer Bewegungen, ist auf inzwischen 63 000 Nichtregierungsorganisati­onen (NGOs) angewachsen. Zu ihnen gehören so prominente Gruppen wie Nigdy Więcej{*nigdi wjentsej*} (Nie Wieder), die sich gegen Rechtsextremismus wendet, die Polska Akcja Humanitarna(Polnische humanitäre Aktion), die Hilfe für tschetschenische Flüchtlinge organi­siert, oder die Kulturgemeinschaft Borussiain Allenstein.

*Text: Brigitte Jäger Dabek (2016)*